

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 29.06.2016	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat I Amt: Amt für Interkulturelles und Internationales	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☐ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☐ ☐	☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2016/0256 Magistratsbeschluss-Nr.
Produkt-Nr.: Kostenstelle: Kostenträger:		
Investitionsnummer: Sachkonto:		

Betreff: Beitritt zur Kampagne "Mayors United Against Anti-Semitism"

Vorlage vom: 22.06.2016

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister tritt der internationalen Kampagne „Mayors United Against Anti-Semitism“ bei.

Anlagen: Liste der bisher Beigetretenen

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Folgekosten: ☐ Ja ☐ Nein

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 29.06.2016

Die Kampagne „Mayors United Against Anti-Semitism“ des American Jewish Committee (AJC) entstand im Juli 2015 in den USA. Mittlerweile haben mehr als 300 US-amerikanische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister den Aufruf unterschrieben. Die europäische Kampagne startete im Oktober 2015 mit der Unterschrift der Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo und wird mittlerweile aus London, Prag und Kiew unterstützt. Beigetreten sind inzwischen bereits über 30 deutsche (Ober-)Bürgermeisterinnen und Bürgermeister (siehe Anlage).

Die Unterzeichnenden dieser Initiative bekennen sich zu einer Null-Toleranz-Politik im Kampf gegen Antisemitismus und zur Gewährleistung der Sicherheit jüdischer Gemeinden.

Das American Jewish Committee (AJC) wurde 1906 in New York von amerikanischen Juden - vorwiegend deutscher Herkunft - gegründet, um jüdische Sicherheit zu gewähren und Demokratie, Menschenrechte und Völkerverständigung weltweit zu fördern. 110 Jahre nach der Gründung ist das AJC eine global aufgestellte Organisation mit 22 regionalen US-Büros, 10 internationalen Zweigstellen und über 30 Partnerschaften mit jüdischen Gemeinden weltweit. Verschiedene Programme und Netzwerke auf nationaler und internationaler Ebene werden mit der deutschen Bundesregierung sowie einer Vielzahl von Organisationen und Trägern (Naumann- und Böll-Stiftung, Bundeswehr) durchgeführt. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt unterstützt bereits in vielfältiger Weise gemeinsam mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen, Initiativen, städtischen, landes-, bundes- und europapolitischen Projekten die Demokratieförderung:

1. Neben der bereits seit vielen Jahren bestehenden **AG Aktion Weltoffenes Darmstadt** mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft, der Politik, aus Bildungseinrichtungen, Minderheitenverbänden, Gemeinden und Migrantenorganisationen hat die Wissenschaftsstadt Darmstadt im Rahmen von Bundesprogrammen den Lokalen Aktionsplan und mittlerweile die Partnerschaft für Demokratie aufgebaut. Die Projekte der AG Aktion Weltoffenes Darmstadt setzen sich intensiv mit dem Thema der „alltäglich erfahrene Diskriminierung und Rassismus“ auseinander. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt verleiht jedes Jahr den „Preis für Gesicht zeigen“ an Personen und Gruppen, die ein besonderes Engagement im Sinne von „Gesicht zeigen“ gegen Rassismus, Diskriminierung, Fremden-feindlichkeit, Antisemitismus, oder Antiziganismus bewiesen haben.
2. Die neue **Partnerschaft für Demokratie** versteht sich aufbauend auf den lokalen Aktionsplänen als explizit antirassistisch und Demokratie fördernd und sieht ihre Aufgabe vor allem in der Prävention vor Rechtsextremismus und in der Aufklärung über Rassismen, mit Schwerpunkt auf Antiziganismus und politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten. Darüber hinaus hat die Wissenschaftsstadt Darmstadt die große neue Herausforderung für Kommunen, die Bewältigung radikalreligiöser Tendenzen unter muslimischen Jugendlichen und den neuen Antisemitismus in der Gesellschaft als Schwerpunkt für die Arbeit der nächsten Jahre aufgenommen.
3. Die Auseinandersetzung mit **homophoben Tendenzen** wird ein Teil für die Arbeit der Wissenschaftsstadt Darmstadt in den nächsten Jahren sein. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt wird auch weiterhin das Bündnis gegen Rechts unterstützen und wenn nötig aktiv Zeichen setzen, so wie in der Vergangenheit bei der Anti-Neonazi-Kundgebung „Ohne Angst in Deutschland leben – Darmstadt gegen Rechts“ oder der Anti-NPD-Demo „Für ein weltoffenes und demokratisches Darmstadt“.

4. Der Dreiklang von Erinnerung, Aufklärung und demokratischem Bürger-Engagement von unten prägt seit dem Gedenkjahr 2013 die Veranstaltungen im Rahmen der **Erinnerungsarbeit**. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt versteht Erinnern als Aufklären; Demokratie und Menschenrechte brauchen Engagement: Die Wissenschaftsstadt Darmstadt ist sich ihrer geschichtlichen Hypothek und Verantwortung bewusst und erinnert sich um unser aller Zukunft willen. Nur wenn die Stadt das Geschehene sowie dessen Gründe versteht, der Opfer gedenkt und Konsequenzen für unser heutiges Zusammenleben zieht, bleibt die Stadt eine weltoffene und tolerante Stadtgesellschaft, die weiterhin gegen Diskriminierung jeglicher Art immun ist und niemanden ausgrenzt. Seit dem Jahr 2013 bündelt die Wissenschaftsstadt Darmstadt daher die Aktivitäten der Stadt und vieler in der Erinnerungsarbeit aktiven Institutionen zum **Darmstädter Gedenkjahr- Gegen das Vergessen!** In unserer Stadt füllen viele zivilgesellschaftliche Gruppen und Initiativen diese Tradition mit Leben. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt wird auch in den nächsten Jahren die Darmstädter Erinnerungsarbeit mit den zivilgesellschaftlichen Partnern und insbesondere mit Vertretungen der Jugendverbände, der Darmstädter Schülerinnen, Schüler und Studierenden weiterführen.
5. Im April 2015 ist die Wissenschaftsstadt Mitglied der europäischen Städtekoalition gegen Rassismus der UNESCO (**European Coalition of Cities against Racism - ECCAR**) geworden und hat sich zur Umsetzung eines umfangreichen Maßnahmenplans verpflichtet.

Gleichwohl gibt es auch in der Wissenschaftsstadt Darmstadt Stimmen, die sich immer lauter zu Wort melden und Menschen aufgrund einer bestimmten Herkunft oder Religion ausgrenzen wollen. Umfragen ergeben immer wieder, dass knapp 10% der befragten Deutschen weiterhin antisemitischen Vorurteilen anhängen. Diese gesellschaftliche Realität macht es erforderlich, permanent Gesicht zu zeigen – für Weltoffenheit, für Gleichberechtigung und Integration von zugewanderten, geflüchteten und einheimischen Minderheiten, gegen jede Art von Diskriminierung und Ausgrenzung klar Stellung zu beziehen und sich gemeinsam mit vielen anderen deutschen Städten und Gemeinden deutlich gegen Antisemitismus zu positionieren.

Der Beitritt zur internationalen Kampagne „Mayors United Against Anti-Semitism“ erfolgt als konsequenter weiterer Schritt im Rahmen der bisherigen Aktivitäten und setzt ein weiteres öffentliches Zeichen gegen Antisemitismus und Ausgrenzung.

Darmstadt, den 22.06.2016

531

Der Dezernent I

Jochen Partsch
Oberbürgermeister